



Medienmitteilung vom 29. März 2006

Pensionskassendekret

Verzögerungen kosten den Steuerzahler viel Geld!

Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft fordert eine rasche Vorlage der Botschaft des Regierungsrates zur Revision des Pensionskassendekretes. Das Departement Finanzen und Ressourcen wollte dem Grossen Rat die Botschaft des Regierungsrates zwischen Ende Januar und Ende Februar zustellen!

Aarau, 29. März 2006: Die laufenden Verzögerungen gefährden die Umsetzung der längst fälligen Anpassungen auf den 1. Januar 2007. Die Stiftung fordert seit langem die Umstellung vom Leistungs- aufs Beitragsprimat mit entsprechenden Leistungsanpassungen.

Die meisten Steuerzahler sind in Beitragsprimatskassen versichert. In den letzten Jahren haben die tieferen BVG-Mindestzinssätze und der gesunkene Rentenumwandlungssatz zu tieferen Altersrenten geführt. Die Renten im Leistungsprimat sind davon nicht betroffen. Die Leistung ist unabhängig von Beiträgen, Zins und Umwandlungssatz garantiert! Die Kosten für diese garantierten Leistungen werden von der APK getragen und sind für die grosse Unterdeckung mitverantwortlich. Die Ausfinanzierung dieser Unterdeckung hat letztlich der Steuerzahler zu tragen.

Falls das neue Pensionskassendekret nicht zum 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt wird, erhöht sich die Unterdeckung der APK durch den tieferen BVG-Mindestzinssatz und den gesunkenen Rentenumwandlungssatz. Das kostet den Steuerzahler viel Geld!

Weitere Auskünfte:

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07